

P r o t o k o l l

über die 008. öffentliche / nicht öffentliche Sitzung des zeitweiligen Ausschusses am 28.02.2008

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:20 Uhr
Ort: Multifunktionsraum, E 070, Stadthaus, Am Packhof 2-6,
19053 Schwerin

Anwesenheit

Vorsitzender

Klammt, Johannes Prof. Dr. Dr. CDU-Fraktion und Liberale

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Block, Wolfgang Fraktion DIE LINKE

ordentliche Mitglieder

Brill, Peter	Fraktion DIE LINKE
Meslien, Daniel	SPD-Fraktion
Priesemann, Christoph	CDU-Fraktion und Liberale
Schütte, Andreas	SPD-Fraktion
Strauß, Manfred	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

stellvertretende Mitglieder

Güll, Gerd	CDU-Fraktion und Liberale
Janker, Anja	Fraktion DIE LINKE
Sembritzki, Erika	Fraktion DIE LINKE
Szymik, Jan	Fraktion Unabhängige Bürger
Zischke, Thomas	SPD-Fraktion

Verwaltung

Czerwonka, Frank
Schmitt, Hans-Ulrich
Timper, Simone
Wollenteit, Hartmut

Gäste

Baumgarten, Rudolf
Freigang, Werner Prof. Dr.
Habecker, Birgit
Lindig, Holger

Leitung: Prof. Dr. Dr. Johannes Klammt

Schriftführer: Simone Timper

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Mitteilungen der Verwaltung / Anfragen an die Verwaltung
3. Sonstiges

Nicht öffentlicher Teil

4. Anhörung und Befragung der externen Sachverständigen

Öffentlicher Teil

5. Erstellung des Abschlussberichtes

Nicht öffentlicher Teil

6. Mitteilungen der Verwaltung / Anfragen an die Verwaltung
7. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende eröffnet die 8. Sitzung des zeitweiligen Ausschusses zur „Aufklärung des Todes von Lea-Sophie und zur Optimierung des Verfahrens bei Kindeswohlgefährdungen in Schwerin“ und begrüßt die Ausschussmitglieder, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung.

Die ordnungsgemäße Ladung der Mitglieder und die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Die Tagesordnung wird mit folgenden Änderungen mehrheitlich bestätigt:

Der TOP 4 wird vorgezogen und im nicht öffentlichen Teil zu Beginn der Sitzung behandelt.

zu 2 Mitteilungen der Verwaltung / Anfragen an die Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Herr Meslien fragt nach, wann der zweite Bericht der verwaltungsinternen Untersuchungsgruppe vorgelegt wird.

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass der zuständige Dezernent bis 09.03.2008 im Urlaub ist, den Bericht aber selbst durchsehen will, bevor er herausgegeben wird.

Wir können den Bericht daher nicht vor Mitte März erwarten.

.

zu 3 Sonstiges

Es gibt keine Wortmeldungen.

Nicht öffentlicher Teil

zu 4 Anhörung und Befragung der externen Sachverständigen

Der Ausschussvorsitzende begrüßt zur heutigen Sitzung die Sachverständigen Herrn Prof. Dr. Freigang und Herrn Lindig und bedankt sich für ihre aktive Mitarbeit.

Folgende Fragen werden von den Mitgliedern des Ausschusses gestellt:

Herr Brill bezieht sich auf die Aussage von Herrn Prof. Dr. Freigang (Bericht Seite 6 letzter Punkt) „Die Handlungslogik der ARGE ...“ und möchte wissen, welche Modelle andere Kommunen mit den zuständigen ARGE´n haben.

Antwort:

Herr Prof. Dr. Freigang antwortet, dass z.B. in Lüdenscheid die ARGE, wenn Leistungsempfänger mit Kindern im Haushalt sanktioniert werden, eine Mitteilung an das Jugendamt macht und einen symbolischen Betrag zur Tagesverpflegung in der Kindereinrichtung zahlt.

Der Ausschussvorsitzende spricht sich für eine ämterübergreifende Vernetzung von Informationen die das Kindeswohl betreffen in Schwerin aus.

Herr Strauß ist der Meinung, was in Lüdenscheid möglich ist, sollte auch in Schwerin möglich sein.

Herr Zischke regt an, den ARGE Beirat mit einzubeziehen.

Frau Sembritzki spricht sich dafür aus, dass die ARGE, wenn beide Eltern Leistungsempfänger sind, Mitteilung an das Jugendamt machen. Der Informationsfluss zwischen den verschiedenen Institutionen / Ämtern muss hergestellt werden. Auch sollte die Information, dass es Ermäßigung für den Kitaplatz gibt, an die betroffenen Eltern weitergegeben werden.

Herr Szymik vertritt die Auffassung, dass das Eine das Sammeln von Informationen ist und das Andere, wie mit diesen Informationen umgegangen wird. Er stellt die Frage, was kann intern geregelt werden, wie die Arbeitsstruktur verändert, damit der Informationsfluss von der ARGE zur Verwaltung funktioniert.

Herr Prof. Dr. Klammt und Herr Priesemann werben für eine Zusammenarbeit mit den in Schwerin niedergelassenen Kinderärzten. Es soll ein Informations-Knoten (Anlaufpunkt) geschaffen werden, wo Informationen von Hebammen, Kinderärzten, Kitas, Schulen usw. zusammenlaufen und gesammelt werden.

Herr Schmitt erläutert die Idee von der Verwaltung ein sogenanntes Frühwarnsystem einzurichten, eine Stelle im Jugendamt, welche die Informationen filtert und bündelt.

Frau Sembritzki fragt nach, wie man das bewerten soll, dass ein anonymes Anruf im Jugendamt höher gewertet wird als die mehrmaligen Besuche des Großvaters.

Antwort:

Herr Lindig beantwortet die Anfrage dahingehend, dass sich in einem persönlichen Gespräche etwas aufbaut, was am Telefon nicht möglich ist. Die persönlichen Gespräche sind zielgerichteter und ausführlicher.

Kritisch war aus seiner Sicht, dass die Gespräche immer von anderen Personen durchgeführt und die Informationen nicht gebündelt, bewertet und weitergegeben wurden.

Herr Prof. Dr. Freigang vertritt die Auffassung, dass bei Anzeichen einer Kindeswohlgefährdung das „Wächteramt“ greifen muss, egal ob die Informationen aus dem Gespräch vertraulich sind.

Herr Szymik fragt nach, ob eine Einführung eines Qualitätsmanagements im Jugendamt Schwerin sinnvoll wäre.

Antwort:

Her Prof. Dr. Freigang findet, dass Verfahrensstandards sinnvoll

gewesen wären. Es muss im Team eine gemeinsame Risikoeinschätzung geben. Die Schwelle, einen Fall zum Fall zu machen, muss abgesenkt werden.

Frau Janker fragt nach, ab welchem Gespräch mit dem Großvater aus Sicht der Sachverständigen sich Kindeswohlgefährdung abgezeichnet hat.

Antwort:

Herr Prof. Dr. Freigang antwortet, dass der Begriff Kindeswohlgefährdung ein unbestimmter Rechtsbegriff ist. Seiner Meinung nach war diese schon beim ersten Gespräch mit dem Großvater sichtbar. Die Gefährdung wurde hier durch andere Faktoren gemildert, der Großvater war „Gewährleister“. In jedem Fall hat man es mit mehr oder weniger Kindeswohlgefährdung zu tun. In die Risikoabwägung seitens der SozialarbeiterInnen sollten schützende und gefährdende Faktoren einfließen.

Herr Lindig antwortet, dass nach seiner Meinung nach dem zweiten Gespräch mit dem Großvater Kindeswohlgefährdung offensichtlich war.

Herr Güll fragt nach, ob die Grundstrukturen des Schweriner Jugendamtes nicht feinmaschig genug waren, es an den Informationslücken gelegen habe.

Antwort:

Herr Prof. Dr. Freigang beantworte die Anfrage dahingehend, dass in einem Unglücksfall mehrere Dinge zusammen kommen. Der ständige Wechsel der Bearbeiter im Jugendamt ist ein erheblicher bzw. wesentlicher Faktor, es kam hierdurch zu Informationsmangel und Informationsverlusten. Die Zuständigkeiten sollen stabil bleiben, Qualitätsmindeststandards sollen eingeführt werden.

Herr Strauß vertritt die Auffassung, dass es im Jugendbereich in den letzten Jahren drastische finanzielle Einschnitte gab. Es gibt eine Gruppe von Menschen, die nicht in die Jugendämter gehen bzw. an keiner Beratung teilnehmen. Herr Strauß fragt nach, wie man diese Gruppe erreichen könnte.

Antwort:

Herr Prof. Dr. Freigang erläutert, dass die Beratung über die Kitas erfolgen sollte. Die Beratung muss in der Nähe sein und möglichst früh angeboten werden.

Herr Lindig ergänzt, dass Präventionsangebote von Klein auf unterstützen sollen um Angst und Unsicherheiten bei den Eltern abzubauen. Er spricht das Beispiel von Dummerdorf an. Dort gibt es ein frühkindliches Präventionsprogramm, eine Eltern AG. Die Eltern werden direkt in der Kita von den Erzieherinnen angesprochen.

Herr Prof. Dr. Klammt spricht das Problem der zunehmenden Vereinsamung von Menschen und Familien an, was auch in diesem Fall Lea-Sophie sichtbar war.

Herr Brill fragt nach, wie man an sogenannte Aussteigerfamilien, die sich auf keine Hilfsangebote einlassen herankommt.

Antwort:

Herr Prof. Dr. Freigang antwortet, dass der Zugang zu solchen

Familien schwierig ist. Das Jugendamt muss Hilfsangebote/Erziehungsangebote machen, darf aber nicht abwarten und nicht erlauben, dass die Eltern ihre Kinder ruinieren. Mit Fehler müsse man immer rechnen (wie mit Kunstfehler in der Medizin), es müssen Mechanismen greifen, die es erlauben, Fehler im nachhinein zu korrigieren.

Herr Priesemann spricht den Umgang mit dem Sozialdatenschutz an, wieweit dürfen Daten rausgegeben werden, hier bestehen große Unsicherheiten.

Antwort:

Herr Prof. Dr. Freigang nimmt Bezug auf das Qualitätsmanagement, findet Datenschutz nach außen sehr schwierig.

Herr Lindig ergänzt, dass die Supervisionen einen geschützten Rahmen bieten. Die Verwaltung muss dafür sorgen, dass Supervisionen regelmäßig und kontinuierlich stattfinden.

Frau Sembritzki informiert über die Hilfsangebote für Eltern von der AWO, hier gibt es gute Beispiele zu nennen. Das Image des Jugendamtes muss verbessert werden.

Öffentlicher Teil

zu 5 Erstellung des Abschlussberichtes

Der Ausschuss einigt sich darauf, den Entwurf des Abschlussberichtes öffentlich zu beraten.

Zur heutigen Sitzung liegt allen Mitgliedern des zeitweiligen Ausschusses der Entwurf des Abschlussberichtes vor. Dieser wird Punkt für Punkt verlesen und diskutiert.

Das Ergebnis der Diskussion wird als Anlage an dieses Protokoll gefügt.

Ziel ist es zur Sitzung der Stadtvertretung am 31.03.2008 den Abschlussbericht des zeitweiligen Ausschusses vorzulegen.

Nicht öffentlicher Teil

zu 6 Mitteilungen der Verwaltung / Anfragen an die Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen vor.

zu 7 Sonstiges

Die nächste Sitzung des zeitweiligen Ausschusses findet am 13.03.2008 um 18.00 Uhr statt.

gez. Prof. Dr. Dr. Johannes Klammt

Vorsitzende/r

gez. Simone Timper

Protokollführer